

INCB-DROGENBERICHT 2002

Wirtschaftsbremse Drogenanbau

Der Anbau illegaler Drogen trägt nicht zum Wohlstand eines Staates bei, sondern hat schwere negative Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Die meisten Erträge, die beim illegalen Drogenhandel erzielt werden, entfallen nicht auf die Anbauländer von Drogenpflanzen, sondern auf jene Länder, in denen die Drogen verkauft werden", sagte Dr. Rainer Wolfgang Schmid, Mitglied des Suchtstoffkontrollrats (INCB) der Vereinten Nationen bei der Präsentation des Jahresberichts 2002 am 25. Februar 2003 in Wien. Die Profite kommen nicht den Bauern zugute, die illegale Pflanzen anbauen. "Nur ein Prozent aus dem weltweiten Profit geht in die Drogenanbauländer zurück", betonte Schmid. 99 Prozent entfielen auf die Händlerkette in anderen Ländern.

Erstmals untersuchte der INCB die Auswirkungen des Anbaus, Handels und Konsums von illegalen Drogen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die illegale Drogenproduktion habe eine destabilisierende Auswirkung auf den Staat, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft, heißt es im Jahresbericht 2002. Das führe langfristig zur Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung. Es sei ein Irrglaube, dass der Drogenanbau ein Weg zu Wachstum und Wohlstand sei. Die illegale Drogenproduktion verhindere langfristiges Wirtschaftswachstum. "Es gibt eine Menge von Gründen, warum es für einen Staat ein Verlust ist, wenn illegal Drogen angebaut werden", erläuterte Schmid. Jeder kurzfristige Vorteil aus der unerlaubten Suchtstoffproduktion würde "erhebliche langfristige Nachteile nach sich ziehen. Zu den kurzfristigen Vorteilen zählten die Arbeitsplätze für Bauern und Wanderarbeiter sowie Jobs in der Produktion und im Vertrieb der illegalen Drogen.

Der größte langfristige Nachteil sei die Hemmung der Wirtschaftsentwicklung durch den destabilisierenden Effekt der illegalen Drogenproduktion auf Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das politische System werde laut Bericht durch Korruption geschwächt, die Drogenproduktion gehe oft mit Bürgerkriegen einher. Für Regierungen sei es schwer, eine effiziente Wirtschaftspolitik zu betreiben, wenn gleichzeitig eine auf illegale Drogen gestützte Wirtschaft existiert. Der illegale Handel könne Wechselkurse beeinflussen, das Einkommensgefälle verstärken rechtmäßige Wirtschaftstreibende vom Markt verdrängen und Investitionen in die Wirtschaft zum Versiegen bringen. "Die kurzfristigen Vorteile kommen nur wenigen zugute, die langfristigen Nachteile treffen viele", schreibt INCB-Präsident Philip O. Emafo im Drogenbericht.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen würden vor allem die Entwicklungsländer treffen, in denen der illegale Drogenhandel einen größeren Anteil an der Volkswirtschaft ausmache. Die UNO schätzt, dass die illegale Drogenproduktion in Afghanistan und Myanmar zwischen 10 und 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betrage. In Afghanistan habe die massive Steigerung der Opiumproduktion Anfang der neunziger Jahre mitgeholfen, Bürgerkriege weiter anzufachen. Emafo: "Der Drogenanbau hatte keineswegs positive Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Gesamtentwicklung des Landes. Dasselbe gilt auch für andere Länder". Das Drogenproblem werde oft als hauptsächlich soziales Problem angesehen, es habe aber auch "ernst zu nehmende wirtschaftliche Folgen, die die gesamte Entwicklung eines Landes negativ beeinflussen", warnt Emafo. Während in den entwickelten Ländern die sozialen

Probleme des Drogenmissbrauchs im Vordergrund stünden, seien die Entwicklungsländer von den größten wirtschaftlichen Konsequenzen des illegalen Drogenhandels betroffen.

Problemfall Afghanistan

Die Opiumproduktion in Afghanistan steige an, das habe "dramatische negative Konsequenzen für Afghanistan und die umliegenden Länder", sagte Schmid. Afghanistan müsse eine umfassende und einheitliche nationale Drogenkontrollstrategie entwickeln, die alle illegal angepflanzten, produzierten und gehandelten Drogen einschlieÙe. Eine friedliche Entwicklung werde in Afghanistan nicht möglich sein, ohne das Drogenproblem in seiner Gesamtheit aufzugreifen. Die internationale Gemeinschaft und die Länder der Region müssten Afghanistan dabei rasch und voll unterstützen. Die Vernichtung des illegalen Schlafmohns könne nur dann erreicht werden, wenn die Anti-Drogen-Gesetze in vollem Umfang eingehalten und durchgesetzt würden; gleichzeitig müsse den Bauern eine Erwerbsalternative angeboten werden. Der Hanfanbau mache Afghanistan auch zu einer Hauptquelle für Cannabis. Die Zerstörung der illegalen Pflanzungen und die Eindämmung des Cannabishandels müssten Hand in Hand gehen mit der Bekämpfung des illegalen Schlafmohnanbaus und Opiathandels.

Die Europäische Union unterstützt den Wiederaufbau in Afghanistan heuer und im nächsten Jahr mit insgesamt 320 Millionen Euro.

"Außer Kontrolle"

Auf dem legalen Weltmarkt für Opiate zur Schmerzlinderung gebe es derzeit ein Überangebot. Anbau und Produktionsniveau übersteigen den medizinischen Bedarf bei weitem; es bestehe ein erhöhtes Risiko, dass Lagerbestände in den illegalen Drogenmarkt umgeleitet werden. Der Rat befürchtet, der Markt könnte "außer Kontrolle" geraten, und kritisiert, dass trotz der Überproduktion von Morphinum und anderen erlaubten Opiaten diese in Entwicklungsländern kaum verfügbar seien. Der Rat fordert die Regierungen und die WHO auf, die Barrieren abzubauen, die eine bessere Versorgung der Entwicklungsländer verhindern. In den Industrieländern sei der medizinische Bedarf an Morphinum gestiegen; zehn Länder verbrauchen 80 Prozent der weltweit konsumierten Menge an Morphinum.

Synthetische Drogen wie Ecstasy könnten die häufigsten illegalen Mittel der Zukunft werden, wird im Bericht gewarnt. Diese Suchtgifte seien schwer zu kontrollieren, weil sie überall auf der Welt einfach und billig hergestellt werden können, solange die Produzenten an die notwendigen Chemikalien kommen. Methamphetamin werde in großen Mengen in Südostasien und Nordamerika produziert, während Westeuropa der Hauptlieferant von Ecstasy sei.

Der INCB startete eine Großinitiative, um zu verhindern, dass Chemikalien, die zur Herstellung synthetischer Drogen gebraucht werden, in die geheimen Labors gelangen. Mit dem "Project Prism" soll der Nachschub an Ausgangssubstanzen unterbunden und die Händler ausgeforscht werden. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus Vertretern der Regierungen Chinas, der Niederlande, Südafrikas und der USA sowie der Europäischen Kommission, der Interpol und der Weltzollorganisation; der INCB fungiert als Vermittler. Die Arbeitsgruppe soll wirksamere Mechanismen zur Untersuchung des Schmuggels und der Herkunft von Vorläufersubstanzen ausarbeiten. Der Rat wünscht sich eine bessere internationale Zusammenarbeit zwischen den Vollzugsbehörden im groß angelegten, weltweiten Handel mit Ecstasy, das in Europa für den Weltmarkt hergestellt wird.

Regionale Drogentrends. Der illegale Cannabisanbau ist nach wie vor weit verbreitet in Afrika, besonders in Marokko. Trends zur Liberalisierung oder Legalisierung des nicht medizinischen Gebrauchs von Cannabis in Europa und Nordamerika würden die Bemühungen der afrikanischen Strafverfolgungsbehörden untergraben im Kampf gegen den illegalen Cannabis-anbau, -handel und -missbrauch. "Sorge" bereitet dem INCB etwa der Beschluss Großbritanniens, Cannabis als Droge mit geringem Kontrollbedarf einzustufen. Die britische Regierung habe aber nicht die Absicht, Cannabis oder andere illegale Drogen zu legalisieren. Der Kokainmissbrauch nehme in fast allen Ländern im Süden und Westen Afrikas zu, vor allem in Nigeria und Südafrika. In Nordamerika seien die Preise für Heroin und Kokain durch ein reduziertes Angebot gestiegen. Der Grund liegt in den verstärkten Kontrollen an den Grenzen und in Flughäfen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Drogenhändler dürften den Schmuggel reduziert haben.

Rund zehn Prozent der Flugpassagiere von Jamaika nach Großbritannien schmuggeln Drogen, schätzen die Sicherheitsbehörden der beiden Länder.

Gefährdung der Sicherheit

In Kolumbien gefährde das Drogenproblem die nationale Sicherheit. Guerilleros und paramilitärische Gruppen kontrollierten den Drogenhandel und die Labors und tauschen illegale Drogen gegen Waffen. Der von den USA unterstützte "Plan Columbia" sei die einzige nennenswerte Aktivität zur Verringerung des illegalen Drogenhandels in Südamerika. Die Strafverfolgungsbehörden haben 2001 in Kolumbien 1.500 illegale Drogenlabors ausgehoben und 55 versteckte Landeplätze zerstört.

Mehr als 70 Prozent aller Beschlagnahmungen von Amphetaminen seien in Ost- und Südostasien erfolgt, hauptsächlich in China und Thailand. China sei zum wichtigsten Ziel- und Transitland für Heroin geworden.

Russland diene als alternative Handelsroute für illegale Drogen aus Asien nach Europa. Im Jahr 2001 beschlagnahmten die russischen Sicherheitsbehörden 75 Tonnen illegale Suchtstoffe, darunter 3,5 Tonnen Heroin.

W.S.

SUCHTSTOFFKONTROLLRAT

Unabhängiges Kontrollorgan

Der internationale Suchtstoffkontrollrat (International Narcotics Control Board – INCB) besteht seit 1968 und ist das unabhängige Kontrollorgan für die Umsetzung der internationalen Drogenkontrollübereinkommen der Vereinten Nationen. Die 13 Mitglieder des Expertengremiums werden vom Wirtschafts- und Sozialrat der UNO gewählt und üben ihre Funktion persönlich aus und nicht als Regierungsvertreter jener Länder, aus denen sie herkommen. Zehn Mitglieder werden aus einer Liste von Experten gewählt, die Regierungen nominieren. Drei Mitglieder mit medizinischen, pharmakologischen oder pharmazeutischen Fachkenntnissen werden aus einer Expertenliste gewählt, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) genannt werden.

Die Aufgaben des INCB sind in drei Konventionen festgelegt: dem Einheitsabkommen von 1961 über Suchtstoffe (Fassung von 1972), der Konvention von 1971 über psychotrope Substanzen sowie der Konvention der Vereinten Nationen von 1988 gegen den illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Substanzen. Der Suchtstoffkontrollrat überwacht die Einhaltung der internationalen Drogenkontrollabkommen durch die Regierungen und empfiehlt bei Bedarf technische und finanzielle Unterstützung. Er arbeitet mit den Regierungen zusammen, um eine angemessene Versorgung mit Medikamenten für medizinische und wissenschaftliche Zwecke sicherzustellen und sorgt dafür, dass Medikamente aus legalen Quellen nicht in illegale Kanäle fließen.

Der Rat stellt Schwächen in den nationalen und internationalen Drogenkontrollsystemen fest und beurteilt Chemikalien, die in der illegalen Drogenproduktion eingesetzt werden, um festzustellen, ob sie der internationalen Kontrolle unterworfen werden sollen. Er betreibt ein "System der Vorausschätzung" für Suchtstoffe und ein freiwilliges Schätzungssystem für psychotrope Substanzen und überwacht legale Aktivitäten anhand eines internationalen Berichtssystems. Der INCB überwacht und fördert Regierungsmaßnahmen, durch die verhindert werden soll, dass Chemikalien für die illegale Drogenproduktion abgezweigt werden.

Verletzt eine Regierung einen Vertrag, verlangt der Suchtstoffkontrollrat eine Erklärung und schlägt der Regierung Abhilfemaßnahmen vor. Der Rat kann die Suchtstoffkommission und den Wirtschafts- und Sozialrat über Vertragsverletzungen informieren.

Der INCB verfasst einen jährlichen Tätigkeitsbericht, der eine Analyse der weltweiten Situation im Bereich der Drogenkontrolle enthält. Mit dem Bericht werden den Regierungen bestehende und mögliche Situationen aufgezeigt, die die Ziele der internationalen Drogenkontrollabkommen gefährden könnten. Er macht auf Schlupflöcher und Schwachstellen in nationalen Kontrollsystemen und in der Einhaltung der Abkommen aufmerksam und gibt Anregungen und Empfehlungen für Verbesserungen auf nationaler und internationaler Ebene. Die Berichte beruhen auf Informationen, die dem INCB von den Regierungen und internationalen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Der INCB arbeitet mit dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und anderen internationalen Gremien zusammen, die sich mit Drogenkontrolle befassen, wie die Suchtstoffkommission, die WHO, Interpol und die Weltzollorganisation.

Sitz des Rats ist Wien; Präsident ist seit 2002 der Nigerianer Philip Onagwele Emafo. Unter den 13 Mitgliedern des Rats befindet sich seit 2002 ein Österreicher – der anerkannte Wiener Chemiker und Toxikologe Dr. Rainer Wolfgang Schmid.